

Volker Jacoby

Die OSZE-Mission in Georgien¹

Einführung

Das Mandat der OSZE-Langzeitmission in Georgien umfasst alle Dimensionen, mit denen sich die OSZE überhaupt beschäftigt. Es umschließt politisch-militärische Aspekte, die menschliche und die ökonomisch-ökologische Dimension. Die Mission besteht seit 1992; ihr Mandat ist in den letzten Jahren kontinuierlich erweitert worden, insbesondere 1999, 2001 und im Dezember 2002 um den Überwachungseinsatz an der georgisch-russischen Grenze.²

1999 hatte die Mission weniger als 20 internationale Mitarbeiter, im Jahr 2003 sind es über 160. Damit ist die Mission gewissermaßen in die Komplexität der politischen, wirtschaftlichen und menschlichen Situation Georgiens und der gesamten Region hineingewachsen.

Es ist die Verbindung zwischen allen Dimensionen der OSZE, die Verflechtung aller Aktivitäten der Mission, die die Arbeit in der Mission in Georgien zu einer außerordentlich interessanten Erfahrung macht.

Im Rückblick auf die vergangenen dreieinhalb Jahre hat die Erweiterung des Mandats der OSZE-Mission in Georgien um die Grenzbeobachtungsmission die auffälligsten Veränderungen mit sich gebracht und die Mission um eine weitere sehr sensible Aufgabe bereichert. Eine gewissermaßen schon „historische“ Kernaufgabe der Mission ist nach wie vor die Förderung der Suche nach einer friedlichen und dauerhaften Lösung im georgisch-südostlichen Konflikt. Hinzu kommen die Unterstützung der Vereinten Nationen in ihrem Bemühen um eine friedliche Beilegung des georgisch-abchasischen Konflikts

1 Die in dem Beitrag vertretenen Auffassungen geben ausschließlich die persönliche Meinung des Autors wieder.

2 Mit Beschluss vom 15. Dezember 1999 hatte der Ständige Rat die Mission zusätzlich zu ihrem ursprünglichen Mandat damit beauftragt, „Personenbewegungen – sowohl per Fahrzeug als auch zu Fuß – über die Grenze zwischen Georgien und der Tschetschenischen Republik der Russischen Föderation zu beobachten und darüber Bericht zu erstatten“ (OSZE, Ständiger Rat, Beschluss Nr. 334, PC.DEC/334 vom 15. Dezember 1999). Dieses Mandat wurde zwei Jahre später, am 13. Dezember 2001, um die „Beobachtung von Personenbewegungen – sowohl per Fahrzeug als auch zu Fuß – über die Grenze zwischen Georgien und der Inguschischen Republik der Russischen Föderation und die Berichterstattung darüber“ ausgeweitet (OSZE, Ständiger Rat, Beschluss Nr. 450, Geographische Ausweitung des Grenzüberwachungseinsatzes der OSZE-Mission in Georgien, PC.DEC/450 vom 13. Dezember 2001). Ein weiteres Jahr später, am 19. Dezember 2002, entschied der Ständige Rat, das Mandat ein weiteres Mal auszuweiten auf die „Beobachtung von Personenbewegungen – sowohl per Fahrzeug als auch zu Fuß – über die Grenze zwischen Georgien und der Republik Dagestan der Russischen Föderation und die Berichterstattung darüber“ (OSZE, Ständiger Rat, Beschluss Nr. 523, Grenzüberwachungseinsatz der OSZE-Mission in Georgien, PC.DEC/523 vom 19. Dezember 2002). Des Weiteren wurde beschlossen, „die Effizienz des Grenzüberwachungseinsatzes der OSZE-Mission in Georgien innerhalb des bestehenden Einsatzgebiets (...) entlang der inguschischen und tschetschenischen Abschnitte der georgisch-russischen Grenze zu erhöhen“ (ebenda).

und Aufgaben im Bereich der menschlichen Dimension, die u.a. auf die Förderung demokratischer Institutionenbildung, Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenrechte, Medienfreiheit und die Gleichberechtigung von Männern und Frauen ausgerichtet sind.

Man ist versucht, diese scheinbar so unterschiedlichen Aspekte des Mandats der Mission gesondert und nacheinander zu verhandeln. Doch setzt sich auch innerhalb der Mission immer stärker die Erkenntnis durch, dass alle im Mandat genannten Bereiche, alle Aktivitäten so stark miteinander verflochten sind, dass gerade von dieser Interdependenz Synergieeffekte zu erhoffen sind. Eine aktive Integration aller Aspekte des Mandats kann als eine der Schlüsselherausforderungen für die Mission angesehen werden.

Was bedeutet das konkret? Alle Aufgaben der Mission haben – mittelbar oder unmittelbar – mit dem Verhältnis zwischen Georgien und der Russischen Föderation zu tun, müssen mithin im regionalen, zum Teil aber auch im überregionalen Kontext gesehen werden. Des Weiteren berühren alle Aufgaben der Mission die Frage der Demokratisierung als Voraussetzung verantwortungsvoller Regierungsführung (*good governance*) im weitesten Sinne. Sowohl die Analyse einzelner Fragen aus den Aufgabenbereichen der Mission als auch die Suche nach Antworten müssen immer auch diese beiden Aspekte einbeziehen.

Georgien und die Russische Föderation – oder das Konsensprinzip und das Prinzip der territorialen Integrität

Im georgisch-südossetischen wie auch im georgisch-abchasischen Konflikt und auch bei der Frage nach der Bedeutung des Tschetschenien-Konflikts für Georgien verweisen viele georgische Politikerinnen und Politiker vornehmlich auf imperiale Bestrebungen des nördlichen Nachbarn Georgiens als Grund für Probleme und für Georgiens Kampf gegen Eingriffe in seine territoriale Integrität.

Des Weiteren wird von georgischen Politikerinnen und Politikern auf die Westorientierung Georgiens hingewiesen, auf die engen Verbindungen vor allem zu den Vereinigten Staaten von Amerika, den Wunsch Georgiens der NATO beizutreten, aber auch die Nähe zur Europäischen Union. Dieser Orientierung wird dann von georgischer Seite wieder die imperiale Politik der Russischen Föderation gegenübergestellt, verbunden mit dem Appell an westliche Geberländer, Georgien nicht im Stich zu lassen und Geduld mit einer werdenden Demokratie zu haben.

Wie erwähnt, wird auf das georgisch-russische Verhältnis vor allem hinsichtlich dreier Teilaspekte des Mandats der Mission Bezug genommen: erstens mit Blick auf den georgisch-südossetischen Konflikt, zweitens mit Blick auf den georgisch-abchasischen Konflikt und schließlich hinsichtlich des Grenzüberwachungseinsatzes.

Der russischen Seite wird oftmals vorgeworfen, die separatistischen Entitäten Südossetien und Abchasien zu unterstützen, ihren Einwohnern zunächst Visumfreiheit zu gewähren und ihnen dann zusätzlich russische Pässe auszustellen. Von russischer Seite wird – im Rückgriff auf eine ähnliche Argumentation von abchasischer und südossetischer Seite – gegenüber Georgien der Vorwurf laut, dass der Status quo das Menschenrecht auf Freizügigkeit der Bevölkerung in den separatistischen Einheiten einschränke und die georgische Seite wenig tue, was geeignet wäre, diesen Zustand zu überwinden.

In der Frage des Pankisi-Tals wurde von russischer Seite in der Vergangenheit immer wieder auf angeblich unzureichende Maßnahmen der georgischen Regierung zur Bekämpfung des Terrorismus hingewiesen und behauptet, im Pankisi-Tal hielten sich Al-Qaida-Kämpfer auf. Für Grenzübertritte tschetschenischer Kämpfer wurde regelmäßig die georgische Seite verantwortlich gemacht. Diese wiederum wies den Vorwurf zurück und machte den Tschetschenien-Krieg als Ursache für das Pankisi-Tal-Problem und wiederum imperiale Tendenzen des nördlichen Nachbarn für Probleme im Allgemeinen, etwa für die Krise im Sommer des Jahres 2002, verantwortlich.

Die Relevanz dieser Problemfelder für die OSZE-Mission in Georgien ist augenfällig. Gänzlich ungeachtet der Frage, welcher Argumentation in der einen oder anderen Angelegenheit der Vorzug zu geben ist, stehen alle Aktivitäten der Mission in einem zentralen Zusammenhang mit dieser Auseinandersetzung und deren Inszenierung. Dabei sind zwei relativ triviale Momente von grundlegender Bedeutung: zum einen das Konsensprinzip der OSZE, zu deren Teilnehmerstaaten eben Georgien und die Russische Föderation gehören, zum anderen das Prinzip der territorialen Integrität aller Teilnehmerstaaten.

Für die Bearbeitung des georgisch-südossetischen Konflikts sind diese beiden Grundelemente der Identität der OSZE allgegenwärtig. Die OSZE soll einerseits die Verhandlungen über eine friedliche Lösung des Konflikts fördern, gleichzeitig jedoch das Prinzip der territorialen Integrität Georgiens verteidigen. Das klingt zwar nach dem sprichwörtlichen Versuch der Quadratur des Kreises, ist aber operational keineswegs ein Widerspruch in sich, wie eine genauere Betrachtung der Verhandlungen bestätigt.

Man ist geneigt, die Erfolge der Mission in den Verhandlungen gering zu schätzen und die Temperatur dieses *frozen conflict* noch tiefer zu reden als sie ist. Tatsächlich ist der Umstand, dass im vergangenen und in diesem Jahr eine ganze Reihe von Treffen der Gemeinsamen Kontrollkommission, dem quadripartären Verhandlungsgremium, in dem Georgien, Russland sowie Nord- und Südossetien vertreten sind, stattgefunden hat, ein Erfolg an sich, der noch vor vielleicht drei Jahren in weiter Ferne schien. Infolge der oben genannten Grundprinzipien befindet sich die Mission in gewisser Weise in einem grundsätzlichen Dilemma, das ihre Handlungsmöglichkeiten sicherlich auch in mancher Hinsicht einschränkt. Auf der anderen Seite jedoch liegt ihr Potenzial in der steten Aufrechterhaltung des Dialogs zwischen den Kon-

fliktparteien. Eskalationen konnten so in den vergangenen zehn Jahren eingedämmt werden.

Auf dem Expertentreffen in Castelo Branco (Portugal) im Oktober 2002 vereinbarten die Konfliktparteien, die Diskussionen über den Status Südossetiens weiterzuführen, was angesichts der nicht eben positiven Ausgangslage als ein Erfolg an sich betrachtet werden muss. Ein rascher Durchbruch in den Verhandlungen ist dabei – das ist ein Allgemeinplatz – nicht zu erwarten.

Hinsichtlich des Grenzüberwachungseinsatzes warfen die Ereignisse des vergangenen Sommers – u.a. Bombenabwürfe auf georgisches Territorium³ und starker Druck von Seiten der Russischen Föderation auf Georgien, endlich die Probleme im Pankisi-Tal für die russische Seite zufriedenstellend zu lösen – zwar ein Schlaglicht auf die Grenzen der Interventionsmöglichkeiten der Mission. Doch gelang es über den Herbst und im Winter, diese Spannungen zwischen den beiden OSZE-Teilnehmerstaaten entscheidend zu mindern. Im Dezember 2002 wurde dann das Mandat der OSZE auf die „Beobachtung von Personenbewegungen – sowohl per Fahrzeug als auch zu Fuß – über die Grenze zwischen Georgien und der Republik Dagestan der Russischen Föderation und die Berichterstattung darüber“ ausgeweitet und gleichzeitig beschlossen, „die Effizienz des Grenzüberwachungseinsatzes der OSZE-Mission in Georgien innerhalb des bestehenden Einsatzgebiets (...) entlang der inguschischen und tschetschenischen Abschnitte der georgisch-russischen Grenze zu erhöhen“.⁴

Verhandlungen über die Dauer und die Art des Betriebs russischer Militärstützpunkte

In der Frage der Umsetzung der Übereinkünfte, die in der Gemeinsamen Stellungnahme der Russischen Föderation und Georgiens vom 17. November 1999 niedergelegt sind, offenbart sich eine weitere Facette des regionalen und überregionalen Zusammenhangs.⁵ Vorgesehen war, dass beide Seiten die Verhandlungen über die Dauer und die Art des Betriebs der russischen Militärstützpunkte Batumi und Achalkalaki im Laufe des Jahres 2000 zu Ende führen. Die Gespräche gerieten jedoch aufgrund der unterschiedlichen Vorstellungen, die die beiden Seiten hinsichtlich des Zeitplans für den Abbau der Basen haben, ins Stocken.

3 Der damalige Amtierende Vorsitzende der OSZE, der portugiesische Außenminister Antonio Martins da Cruz, drückte in zwei Presseverlautbarungen seine Beunruhigung über die Ereignisse aus; vgl. hierzu http://www.osce.org/news/show_news.php?id=2665 und http://www.osce.org/news/show_news.php?id=2636.

4 OSZE, Ständiger Rat, Beschluss Nr. 523, a.a.O. (Anm. 2).

5 Schlussakte der Konferenz der Vertragsstaaten des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa, Anhang 14: Gemeinsame Erklärung der Russischen Föderation und Georgiens, 17. November 1999, CFE.DOC/2/99, 19. November 1999, unter: <http://www.osce.org/docs/german/1990-1999/cfe/cfeinact99g.pdf>.

Die Rolle der Mission kann hier aus den erwähnten Gründen nicht in einer einseitigen Positionsbekundung liegen. Vielmehr liegt die Bedeutung der Mission darin, Teilnehmerstaaten der OSZE ein Dialogforum zu bieten und die Auflösung und den Abzug der russischen Militärstützpunkte mit Projekten etwa im Bereich der Umweltsanierung zu begleiten. Das „Melange“-Projekt, in dessen Rahmen im vergangenen Jahr rund 500 Tonnen flüssigen Raketentreibstoffs neutralisiert wurden, zeugt von der positiven Rolle, die die Mission spielen kann. In diesem Jahr konnten bereits die erste und die zweite Phase eines Folgeprojekts abgeschlossen werden, dessen Ziel das Recycling bzw. die sichere Lagerung von Munition und Bomben auf der Lagerhalde in Dedoplistskaro ist. Gegenwärtig wird die dritte Phase dieses Projekts vorbereitet, weitere Projekte sind in Aussicht genommen.

Demokratisierung als Voraussetzung verantwortungsvoller Regierungsführung

Demokratisierung ist vielleicht der am weitesten gefasste Begriff unter den Aufgaben der so genannten menschlichen Dimension der OSZE. Verantwortungsvolle Regierungsführung kann und sollte als Resultat von Demokratisierung verstanden werden. Die Demokratie ihrerseits wird von verantwortungsvoller Regierungsführung unterstützt. Eine wichtige Rolle im Demokratisierungsprozess spielen die zivilgesellschaftlichen Strukturen. So muss jeder Versuch, auf Regierungsebene etwas zu bewirken, von Aktivitäten zur Stärkung der Zivilgesellschaft und der Interaktion beider Sektoren begleitet und unterstützt werden. Das bedeutet allerdings auch, dass nur eine nachhaltige Strategie in beiden Bereichen Erfolg bringen kann. Bislang kann man im Falle Georgiens sagen, dass zwar erste wichtige Schritte in Richtung einer Strategieentwicklung gemacht worden sind, diese jedoch bei weitem nicht alle Facetten der Möglichkeiten der OSZE umfassen.

Das Kleinwaffenprogramm im georgisch-südossetischen Konfliktgebiet

Das *Rapid Reaction Programme* der Mission in der Zone des georgisch-südossetischen Konflikts ist ein gutes Beispiel. Mikroprojekte in den Bereichen Umwelt und wirtschaftlicher Aufbau werden gezielt als Kompensation für freiwillig an die gemeinsamen georgisch-ossetisch-russischen Friedenstruppen ausgehändigte Waffen finanziert. Diese Projekte können etwa die Reinigung eines Bewässerungskanals, die Reparatur einer Straße, die Errichtung einer Stromleitung oder die Versorgung einer Schule mit Computern zum Gegenstand haben. Kern dieses Programms ist es, ausreichend Anreize dafür

zu schaffen, dass Waffen abgegeben und danach zerstört werden.⁶ Ein weiteres Kernziel ist, die georgischen und die südossetischen Kommunen bei der Implementierung der genannten Projekte zur Zusammenarbeit zu bewegen.

Die Unterstützung von nichtstaatlichen Organisationen in ganz Georgien, einschließlich der separatistischen Entitäten, ist von kardinaler Bedeutung für die Entwicklung einer demokratischen Öffentlichkeit, die das Handeln der Autoritäten wirkungsvoll kontrollieren kann. Tatsächlich ist der Austausch zwischen Angehörigen nichtstaatlicher Organisationen der jeweiligen Seiten im Rahmen von Projekten, die auf Vertrauensbildung abzielen, aber auch auf der Ebene der so genannten *grassroots* sehr viel weiter fortgeschritten als die offiziellen *Track-1*-Verhandlungen auf der Ebene der Autoritäten. Dieser Entwicklung sollte auch die OSZE Rechnung tragen und darauf hinarbeiten, die Zivilgesellschaft stärker in den Prozess auch der offiziellen Verhandlungen einzubeziehen und auf weitestmögliche Transparenz dieser Prozesse hinarbeiten, die zu oft hinter verschlossenen Türen stattfinden. Die große Herausforderung für die Mission ist dabei, herauszufinden, wie viel Öffentlichkeit im Rahmen des klaren Mandats und in politisch nach wie vor angespannten und labilen Prozessen möglich ist.

Realistischerweise werden sich die vielen kleinen und großen Konflikte in der Region kaum nachhaltig lösen lassen, wenn sich Demokratie und zivilgesellschaftliche Werte und Modelle nicht deutlich tiefer in den Gesellschaften verwurzeln lassen als das heute der Fall ist. Daher werden nichtstaatliche Organisationen in ihren vielfältigen Aktivitäten von einer Reihe von Gebern und internationalen Organisationen und auch von der OSZE unterstützt. Das betrifft natürlich auch Organisationen, die sich nicht oder noch nicht in der Friedensarbeit engagieren. Das finanzielle Volumen für Programme und Projekte der OSZE im Bereich zivilgesellschaftlicher Aktivitäten ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Das Instrument der freiwilligen Beiträge von OSZE-Teilnehmerstaaten hat sich hier als besonders wirkungsvoll und wichtig erwiesen.

Kampf gegen den Menschenhandel

Auf Initiative des georgischen Nationalen Sicherheitsrates und gemeinsam mit diesem hat die Mission ein Projekt entwickelt, das die Erarbeitung einer konsistenten und umfassenden Gesetzgebung im Kampf gegen den Menschenhandel zum Gegenstand hat. Im Rahmen dieses Projekts werden alle relevanten Akteure, vor allem aber nichtstaatliche Organisationen und Vertreterinnen und Vertreter relevanter Ministerien, in dem Versuch zusammengebracht, einen gesellschaftlichen Konsens unter Einbeziehung der Regierung

6 Kollektive Kompensation verhindert, dass mit Mitteln aus der Entschädigung für ausgehändigte alte Waffen neue erworben werden.

in dieser wichtigen Frage zu erzielen. In dieser Art der Konsensbildung liegt eines der größten Potenziale der OSZE.

Wahlen

Im November 2003 stehen in Georgien Parlamentswahlen an. Georgiens Außenminister Irakli Menagarischwili hat diese Wahlen als eine „Reifeprüfung“ für Georgien bezeichnet.⁷ Abgesehen von der vorgesehenen OSZE/BDIMR-Wahlbeobachtung konzentriert sich die Arbeit der Mission im Hinblick auf diese Wahlen darauf, die Zusammenarbeit und das Zusammenwirken von internationalen Organisationen und diplomatischen Vertretungen sicherzustellen, damit, was oft nicht funktioniert und doch in dem komplexen Transformationsprozess, den Georgien derzeit durchläuft, so wichtig ist, die internationale Gemeinschaft mit *einer Stimme* spricht.⁸

Im Vorfeld der für November 2003 angesetzten Wahlen hat sich Ende 2002 eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich aus dreizehn Botschafterinnen und Botschaftern sowie Leiterinnen und Leitern von Vertretungen internationaler Organisationen zusammensetzt. Die Tätigkeit dieser *Arbeitsgruppe auf Botschafterebene* wird von der so genannten *Technischen Arbeitsgruppe*, bestehend aus Vertretern von Botschaften und internationalen Organisationen auf der Arbeitsebene sowie Wahlexperten, vorbereitet und begleitet. Diese Technische Arbeitsgruppe wird von der OSZE-Mission geleitet. Auf regelmäßigen Treffen werden die neuesten Entwicklungen analysiert, konkrete Aktionen und Projekte diskutiert, die Projektvorschläge koordiniert, um Redundanz zu vermeiden, Prioritäten erarbeitet und aus der Analyse der legislativen, politischen und technischen Entwicklungen solche Fragen herausgearbeitet, die in den politischen Dialog mit der Regierung eingebracht werden können.

Im Rahmen dieser konzertierten und oft mühsamen und arbeitsaufwendigen Aktion ist es gelungen, der georgischen Regierung wesentliche Anliegen der internationalen Gemeinschaft als klare und an den Realitäten des Landes orientierte Botschaft zu vermitteln. Inwieweit diese dann im näheren Vorfeld und während der Wahlen berücksichtigt werden (können), ist eine andere Frage. Nach den Wahlen in Armenien in diesem Jahr scheinen Zweifel erlaubt. Die Einwirkungsmöglichkeiten von internationaler Seite im heutigen Georgien sollten grundsätzlich realistisch eingeschätzt werden.

Bei den Wahlen steht für alle politischen Eliten viel auf dem Spiel – und vielleicht steht nicht für alle beteiligten Parteien und Akteure das Bestehen der „Reifeprüfung“ auf ihrer Prioritätenliste an oberster Stelle.

7 So Menagarischwili während des Besuchs einer hochrangigen OSZE-Delegation in Georgien im März/April 2003.

8 Dieses Mit-einer-Stimme-Sprechen wäre auch für andere Bereiche wünschenswert. Internationale Koordination, mindestens aber gegenseitige Information ist eine der Grundvoraussetzungen für erfolgreiche Intervention, eine andere ist die effektive und nachhaltige Kontrolle von Projektgeldern.

Langfristig haben freie und demokratische Wahlen auch einen wichtigen Einfluss auf die Friedensprozesse in der gesamten Kaukasusregion. Freie und demokratische Wahlen sind das Elixier der Legitimität von Regierungen. Grundvoraussetzung ist ein gesellschaftlicher Konsens darüber, dass Wahlbetrug an sich illegitim ist. Es ist zu befürchten, dass dieser Konsens im Falle Georgiens und auch der anderen Republiken im Kaukasus (zumindest bis heute) nicht in genügendem Umfang besteht und auch nicht von allen Interessengruppen mitgetragen wird. Unter diesen Umständen können Wahlen den Wahlsiegern keine ausreichende Legitimität verleihen. An diesem Punkt wird die enge Verbindung beispielsweise zwischen den offiziellen Verhandlungen in den beiden Konflikten im Land und den Fragen der Demokratisierung deutlich: Eine Regierung, über der das Damoklesschwert prinzipieller Illegitimität schwebt und die selbst unter dem Druck des Machterhalts steht, kann kaum einen Friedensschluss herbeiführen oder weitreichende Zugeständnisse, etwa an eine separatistische Entität, machen. Die Möglichkeiten der OSZE hier zu intervenieren sind durch die Tatsache beschränkt, dass sie auf Einladung der Regierung im Lande ist. Hinzu kommt, dass Autoritäten, die wegen der genannten Illegitimität unter Druck stehen, gern Dritte für alle Unbill verantwortlich machen – womit auch der Kreis zum georgisch-russischen Verhältnis geschlossen ist.

Wieder steht diesem Dilemma die Möglichkeit gegenüber, gewissermaßen subversiv, aber unbedingt unparteiisch zivilgesellschaftliche Strukturen zu stärken, deren Aktivitäten und Zusammenarbeit zu fördern und so ein Gegengewicht zu den mit mangelnder Legitimität ausgestatteten Autoritäten zu schaffen. Da aber auch die Zusammenarbeit mit den anderen Interessengruppen in den Konflikten, mithin den Autoritäten, notwendig ist, ergibt sich ein doppeltes Bild: Einerseits werden offizielle Strukturen durch internationale Anerkennung gestärkt, gleichzeitig jedoch gehen andererseits die Entwicklung und die Umsetzung einer nachhaltigen und langfristigen Strategie zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen weiter, die zu legitimen und gleichberechtigten Akteuren beim Aufbau des georgischen Staates werden können. Nach einer strategischen Balance zwischen jenen Ausrichtungen sucht im Übrigen nicht nur die OSZE; auch eine Reihe von Gebern steht den Prozessen im Kaukasus gleichermaßen ratlos gegenüber und arbeitet daran, Konzepte und Strategien zu erarbeiten, die geeignet sind, effektiv und nachhaltig die Demokratisierung und Stabilisierung des Landes zu fördern.

Ausblick

Das Mandat der OSZE-Mission in Georgien hat sich seit 1992 kontinuierlich erweitert. Diese Erweiterung und die zunehmende Komplexität spiegeln gewissermaßen die Komplexität der georgischen Gesellschaft in den südkaukasischen Realitäten wider. Das versieht die Mission mit ungeheuer vielfältigen

Chancen, in allen oben angesprochenen Prozessen Hilfe und Unterstützung zu leisten. Diese Chancen können nur durch einen integrierten Ansatz genutzt werden, der alle Dimensionen der OSZE umfasst. Die Rolle der Zivilgesellschaft beim georgischen Staatsaufbau könnte hier noch stärker berücksichtigt werden, da Staatsaufbau und Demokratisierung letztlich wohl die entscheidenden Grundvoraussetzungen für die Lösung der Konflikte auf dem Territorium des Landes sind.